

«Das darf so nicht mehr passieren»

Anti-Israel-Ideologie an der Uni Basel Ein ganzer Fachbereich steht wegen einseitigen Politivismus in der Kritik. Nun zeigt ein Untersuchungsbericht die Missstände detailliert auf. Rektorin Andrea Schenker-Wicki nimmt erstmals Stellung.

Rico Bandle

Mehrmals berichtete die Sonntagszeitung in den letzten Monaten über Verfehlungen und politischen Aktivismus im Fachbereich Urban Studies. In der Folge leitete die Uni Basel eine Untersuchung ein, die die Recherchen nun vollumfänglich bestätigt: Über offizielle Unikanäle wurden politische Aufrufe verfasst, in einem Leitfaden gab es Formulierungen, die «nicht anders als antisemitisch verstanden werden können», der leitende Professor unterschrieb im Namen des Fachbereichs eine extremistische Petition, es gab mehrere Vorfälle, «bei denen wissenschaftliche und politische Aktivitäten nicht angemessen unterschieden wurden», wie es im Bericht heisst.

Obschon die Untersuchung deutlich aufzeigt, dass der Fachbereich von Politaktivisten durchdrungen ist, die ihre Ideologie stark einbringen, lautet das Fazit: Man habe die Probleme zwar erkannt, es handle sich aber nur um «Einzelfälle», es lägen «keine systematischen Mängel im Qualitätsmanagement» vor. Wir fragten bei der Rektorin der Uni Basel, Andrea Schenker-Wicki, nach.

Frau Schenker-Wicki, wie kann man angesichts von so vielen Verfehlungen zum Urteil kommen, es handle sich nur um Einzelfälle?

Wichtig ist, dass wir die Probleme aufgezeigt haben. Denn das darf an der Universität so nicht mehr passieren. Jetzt geht es darum, die beschlossenen Massnahmen richtig umzusetzen. Es gibt zwar nie eine absolute Sicherheit, dass solche Missstände an einer Uni mit über 10'000 Studierenden nicht vorkommen, aber wir wollen, dass wir sie zukünftig schneller erkennen und unterbinden.



«Wir schauen bei allen Fächern genau hin, die anfällig für die postkoloniale Theorie sind.»

Andrea Schenker-Wicki
Rektorin der Universität Basel

Die Untersuchung wurde von jener Fakultät durchgeführt, zu der auch der Fachbereich Urban Studies gehört. Die Fakultät hat sich also selber untersucht. Kein Wunder, kommt sie zum Schluss, sie habe nichts falsch gemacht.

Sie sagt nicht, sie habe nichts falsch gemacht. Sie sagt nur, es läge kein systematisches Versagen ihrer Kontrollinstrumente vor. Die Fakultät hat die Probleme erkannt und einen Massnahmenkatalog erstellt, der nun umgesetzt wird.

Eine solche interne Untersuchung ist doch nicht glaubwürdig.

Externe Untersuchungen gibt es nur, wenn ein Personalkonflikt vorliegt und eine Administrativuntersuchung angeordnet wird. Wenn es um interne Angelegen-

heiten geht, zum Beispiel um die Einhaltung wissenschaftlicher Standards, so wird das intern untersucht, in diesem Fall durch die Fakultät. Für uns war aber klar: Sollte die Fakultät nur ungenügend auf die Kritikpunkte eingehen, so intervenieren wir. Die Fakultät wusste, dass wir diese Untersuchung sehr ernst nehmen. **Nochmals: Man kann doch nicht von Einzelfällen sprechen, wenn der Bericht auf zehn Seiten unzählige Missstände aufzählt.** Wir haben 10'000 Studierende und 3000 Doktorierende. Im Gesamtkontext der Uni handelt es sich sehr wohl um Einzelfälle. Im Fachbereich Urban Studies – der mit 55 Studierenden sehr klein ist – kann man aber tatsächlich nicht von Einzelfällen sprechen. Dort liegt das Problem tiefer. Aber wie gesagt: Wir haben das erkannt und werden es lösen.

In der Mitteilung der Uni tönt das anders: Die beschlossenen Massnahmen betreffen vor allem die öffentliche Kommunikation, zum Beispiel Social-Media-Kanäle, die besser kontrolliert werden sollen. Das heisst: Es bleibt alles beim Alten, die Ideologie bleibt dieselbe, die Öffentlichkeit soll einfach nicht mehr davon erfahren.

Unsere Massnahmen gehen weit darüber hinaus. Denn die Situation in den Urban Studies ist tatsächlich suboptimal: In der Regel sind mindestens drei Professoren für einen Fachbereich zuständig, so besteht eine gewisse Vielfalt und Kontrolle. Bei Urban Studies war es einer allein. Deshalb wird das Fach nun stärker in das Departement Gesellschaftswissenschaft eingebunden. Bei den Anstellungen wird darauf geachtet, dass alle Stellen ausgeschrieben werden und ein breites Komitee bei der Auswahl beteiligt ist.

Im Untersuchungsbericht werden zweifelhafte Lehrveranstaltungen als unproblematisch eingestuft, weil sie von den Studierenden in der Evaluation gute Noten erhielten. Man kann sich doch nicht allein auf das Urteil der Studierenden stützen, zumal in Fächern wie «Gender Studies» oder «Urban Studies» die Studierenden ideologisch oft auf gleicher Linie sind wie die Dozenten.

Da gebe ich Ihnen recht. Es gibt bei uns einen Automatismus: Wenn es bei der Evaluation eine gewisse Menge an kritischen Rückmeldungen gibt, gehen wir der Sache nach. In grossen Fächern mit vielen Studierenden funktioniert dieses Kontrollinstrument gut, in kleinen weniger. Dieses Problem müssen wir angehen.

Im Bericht wurden die Veranstaltungen zum Thema Israel/Palästina genauer angeschaut. Alle eingeladenen Dozenten wurden dabei unter die Lupe genommen – und als unproblematisch eingestuft. Doch das Problem ist doch ein völlig anderes: dass ausnahmslos alle propalästinensisch eingestellt waren, dass es in diesem Fachbereich keinerlei Vielfalt an Meinungen und Sichtweisen gibt.

Das ist richtig. «Akademie» heisst, dass bei kontroversen Themen verschiedene Standpunkte einbezogen werden. Da besteht ganz klar Handlungsbedarf, das weiss die Fakultät. Und wir werden auf die Einhaltung pochen. Man darf aber nicht von diesem Fachbereich auf die gesamte Fakultät

schliessen. In der grossen Mehrheit wird bei uns ein sehr guter Job gemacht, das zeigen auch die internationalen Rankings.

Der Bericht hat nur gerade jene Missstände untersucht, die die Sonntagszeitung bereits publik gemacht hatte. Was macht Sie so sicher, dass in anderen Fachbereichen nicht ähnliche Zustände herrschen?

Sicher bin ich nicht. Aber an der Universität Basel sind nun alle sehr sensibilisiert für das Thema. Das stimmt mich optimistisch. **Der Leiter der Urban Studies, Professor Kenny Cupers, wird im Bericht stark kritisiert: Er**

hat die Dissertation selber betreut, in der behauptet wird, Israel würde Wildschweine als Waffe gegen die Palästinenser einsetzen, er hat im Namen des Fachbereichs einen extremistischen Appell unterzeichnet, letztlich hat er den Aktivismus zugelassen, vielleicht sogar gefördert. Was sind die Konsequenzen für ihn?

Das Fach wird neu ausgerichtet, er wird wie gesagt nicht mehr die alleinige Verantwortung haben. Er ist sehr kooperativ und sieht ein, dass sich etwas ändern muss. **Ursache des Problems, mit dem auch die US-Eliteunis kämpfen,**

ist der «Postkolonialismus», eine Ideologie, die die Welt in Täter (Weisse, der Westen) und Opfer (People of Color, der globale Süden) unterteilt und keinerlei Grautöne zulässt.

Das sehen wir auch so. Deshalb schauen wir bei allen Fächern genau hin, die anfällig für die postkoloniale Theorie sind. Aber man muss die Relationen wahren: Bei uns findet man diese Denkweise nur sehr punktuell, sie ist längst nicht so verbreitet wie an den Universitäten in den USA. **Ist es nicht bedenklich, dass es den Terrorüberfall der Hamas am 7. Oktober brauchte,**

damit an den Unis das Problem der Ideologisierung angegangen wird?

Nicht nur das stimmt mich nachdenklich. Mich stört auch, dass die Missstände nicht intern gemeldet wurden, sondern dass dies über die Medien ging. Wir haben zwar Anlaufstellen, offenbar sind die aber zu wenig bekannt. Dies mache ich mir zum Vorwurf. Denn mir liegt diese Uni sehr am Herzen: Es ist sensationell, was hier alles geleistet wird. Umso schmerzhafter ist es, zu sehen, was in dem Fachbereich vor sich ging. Wir tun unser Bestes, dass das möglichst nicht mehr vorkommt.

ANZEIGE

Unsere Werbung für das Sparkonto Plus, die zur Eröffnung eines solchen animieren soll und die jetzt überall in der Schweiz zu sehen ist, im TV, auf Plakaten, online oder auch in Anzeigen ist in diesem Fall vielleicht etwas kompliziert, vor allem wegen der langen Sätze. Aber der Zins ist gut.

Sparkonto Plus
1,8%*

Werbung naja, Zins gut.
Jetzt profitieren: cler.ch/sparen

*Dieser Zinssatz entspricht einem Vorzugszinssatz (Basiszins zuzüglich Bonus für bestimmte Nettoneugeldanlagen). Dauer und Voraussetzungen für die Gewährung von Vorzugskonditionen unterscheiden sich bei neu eröffneten und bestehenden Konten. Sämtliche Details finden Sie unter www.cler.ch/sparkonto-plus

Zeit, über Geld zu reden.

Bank
Banque
Banca

CLER